

## L2 2. Offene Gesellschaft

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 12.01.2019  
Tagesordnungspunkt: 5.1. Leitantrag

### Text

1 Im Anbetracht des derzeitigen Rechtsrucks, ist es besonders wichtig, Jugendliche  
2 und junge Erwachsene verstärkt in demokratische Prozesse einzubinden.

3 Dies ist gerade auf der kommunalen Ebene gut möglich, da Jugendliche hier ihr  
4 Lebensumfeld gestalten können. Hinzu kommt, dass bedingt durch den  
5 demographischen Wandel der Anteil junger Menschen in der Bevölkerung sinkt. Weil  
6 viele junge Menschen noch nicht wählen dürfen, fallen ihre Interessen oft unter  
7 den Tisch. Dabei sind Kinder und Jugendliche unsere Gegenwart und Zukunft. Und  
8 für diese Zukunft muss mehr Politik gemacht werden.

9 Leider sind wir von einer flächendeckenden Jugendbeteiligung auf kommunaler  
10 Ebene bis auf einzelne Jugendparlamente noch weit entfernt. Ebenso muss neben  
11 der flächendeckenden Entstehung von Jugendparlamenten für verbindliche  
12 Ansprechpartner und eigene Budgets zur Umsetzung gesorgt werden.

13 Wir wollen, dass in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung weitergehende  
14 Regelungen für die Einrichtung von Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene  
15 verankert werden. Jugendbeteiligung muss kommunaler Pflichtbestandteil werden.

16 Nach baden-württembergischem Vorbild sollen Jugendliche die Möglichkeit haben,  
17 die Einrichtung einer Jugendvertretung zu beantragen. Kommunale  
18 Jugendvertretungen sollen ein Rede- Anhörungs- und Antragsrecht in den  
19 kommunalen Räten haben. Des weiteren sollen ihnen angemessene finanzielle Mittel  
20 zur Verfügung stehen. Ebenfalls soll die strukturelle Beteiligung bei bestimmten  
21 Themen verpflichtend in der Gemeindeordnung festgehalten werden.

22 Aber auch abseits von festen institutionellen Jugendvertretungen wollen wir  
23 Jugendbeteiligung in den kommunalpolitischen Prozessen verankern und machen uns  
24 für alternative, projektbezogene Beteiligungsformen stark. Auch wird  
25 Kommunalpolitik vor Ort, besonders im ländlichen Raum, überwiegend von Älteren  
26 gemacht. Wir fordern darum alle Parteien und Ratsfraktionen in den Kommunen auf,  
27 Jugendliche verstärkt in die politische Arbeit miteinzubinden und mit einer  
28 neuen demokratischen Kultur geprägt durch Transparenz und Fairness den  
29 politischen Diskurs vor Ort zu stärken.

30 Zudem fordern wir die verstärkte und langfristige Förderung von Vereinen und  
31 Projekten mit Jugendlichen im kommunalen Haushalt.

32 Wir als Grüne Jugend Rheinland-Pfalz stehen weiterhin konsequent für eine  
33 weltoffene und vielfältige Gesellschaft. Längst sind wir, auch in den Kommunen,  
34 zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden. Die Aufnahme von Geflüchteten sehen  
35 wir als humanitäre Verpflichtung. Menschen, die sich entscheiden zu uns zu  
36 kommen, muss die Politik Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Die Kommunen  
37 tragen hierbei eine wichtige Rolle. Wir fordern darum eine verstärkte  
38 Bereitschaft der Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten. Wir unterstützen daher  
39 Forderung der Initiative „Seebrücke“ an Städte, mehr Geflüchte direkt  
40 aufzunehmen, auch um der dramatischen Lage auf dem Mittelmeer gerecht zu werden.

41 Die Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen nach den  
42 Aufnahmeeinrichtungen des Landes soll dezentral und nicht in Sammelunterkünften  
43 stattfinden. Beratungsangebote sollen Geflüchteten helfen, bei positiv  
44 beschiedenem Asylbescheid oder bei Bleibeperspektive schnell eine eigene  
45 Unterkunft auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Die zahlreichen ehrenamtlichen  
46 Helfer\*innen in der Arbeit mit Geflüchteten sollen bestmöglich gestärkt und  
47 seitens der kommunalen Verwaltung unterstützt werden. Ebenso fordern wir eine  
48 transparente und zweckgebundene Verwendung der Integrationspauschale des Bundes.  
49 Neben Unterbringung und Versorgung entscheidet auch das Angebot an Sprach- und  
50 Integrationskursen vor Ort über eine gelingende Integration. Wir fordern darum,  
51 dem wachsenden Bedarf an Sprach- und Integrationskursen gerecht zu werden. Auch  
52 sollen Einrichtungen in den Kommunen für einen verstärkten Austausch zwischen  
53 Einheimischen und Zugezogenen sorgen.

54 Wir machen uns vor Ort für eine Integrationspolitik stark, die Menschen  
55 einbezieht und Chancen eröffnet für ein gutes Zusammenleben.

56 Wenn man über Inklusion spricht, ist es besonders wichtig, sich auf  
57 ganzheitliche Barrierefreiheit zu beziehen, denn nur durch sie kann eine  
58 ganzheitliche Teilhabe für alle Menschen am gesellschaftlichen und sozialen  
59 Leben gewährleistet werden. Darum fordern wir den konsequenten barrierefreien  
60 Ausbau kommunaler Liegenschaften sowie bei künftigen Planungen von öffentlichen  
61 Gebäuden und Plätzen die Barrierefreiheit verstärkt zu berücksichtigen.  
62 Öffentliche Verkehrsmittel und Bushaltestellen sollen ausschließlich  
63 barrierefrei zugänglich sein. Zu Barrierefreiheit gehören neben zugänglichen  
64 Gebäuden und öffentlichen Plätzen, auch Verkehrsmittel. Dienstleistungen und  
65 Freizeitangebote müssen so gestaltet sein, dass sie für alle ohne fremde Hilfe  
66 zugänglich sind. Dazu gehören beispielsweise auch Formulare in leichter Sprache  
67 oder Vorträge, die von gehörlosen Menschen verfolgt werden können. Auch digitale  
68 Barrierefreiheit, das heißt, Internetseiten, die für jeden zugänglich gestaltet  
69 sind, muss gewährleistet werden.

70 Damit Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, bedarf es  
71 Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, auch in der Freizeit. Die Teilhabe von  
72 Menschen mit oder ohne Behinderung im Sport durch beispielsweise Vereine oder  
73 staatliche Angebote ist enorm wichtig, denn sie ermöglicht einen Teil der  
74 selbstbestimmten, gleichberechtigten und gleichwertigen Teilnahme am sozialem  
75 Leben jedes einzelnen. Deshalb sieht die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz es als  
76 Pflicht, dass jeder Mensch, egal ob mit oder ohne Behinderung, egal aus welchem  
77 sozialen Hintergrund er stammt, die Möglichkeit hat an einem solchem  
78 Sportangebot teilzunehmen. Konkret fordern wir Projekte und Vereine mit  
79 inklusiver Ausrichtung im kommunalen Haushalt verstärkt und langfristig mit  
80 geeigneten finanziellen Mitteln auszustatten.

81 Leider ist es in unserer Gesellschaft immer noch nicht selbstverständlich,  
82 lesbisch, schwul, bisexuell, trans\*, inter\* oder queer zu sein. Gerade in  
83 ländlich geprägten Regionen fühlen sich queere Jugendliche oft allein. Deshalb  
84 fordern wir als Grüne Jugend Rheinland-Pfalz, Projekte und Angebote für queere  
85 Jugendliche in den Kommunen zu schaffen, die Ihnen bei Fragen und Sorgen  
86 weiterhelfen und einen geschützten Raum für Erfahrungsaustausch bieten.